Stand: 13.11.2026 12:16:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/4487

"Umsetzung des Nationalen Krebsplans - Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/4487 vom 27.11.2014
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6055 des GP vom 24.02.2015
3. Beschluss des Plenums 17/6253 vom 22.04.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 22.04.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 27.11.2014 **Drucksache 17/4487**

Antrag

der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Margit Wild SPD**

Umsetzung des Nationalen Krebsplans – Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die im Nationalen Krebsplan (Handlungsfeld 2, Ziel 9) geforderte „Sicherstellung der notwendigen psychoonkologischen Versorgung im stationären und ambulanten Bereich“ gewährleistet wird und dafür die von der Experten-Arbeitsgruppe als empfohlene Maßnahme einer deutschlandweiten Bedarfsanalyse zeitnah umgesetzt wird.

Dem Landtag wird schriftlich darüber berichtet.

Begründung:

Im Juni 2008 wurde der Nationale Krebsplan initiiert. Im Handlungsfeld 2 wird als Ziel 9 eine „angemessene und bedarfsgerechte Versorgung“ verankert. Die Experten-Arbeitsgruppe spricht sich als Maßnahme für die „Identifizierung und Behebung von Versorgungslücken“ aus. „Das gesamte psychoonkologische Versorgungsangebot in Deutschland soll anhand einer umfassenden, bundesweiten Erhebung ermittelt werden. Auf dieser Basis können mögliche strukturelle und regionale Versorgungsdefizite erkannt und behoben werden.“ (http://www.bmg.bund.de/praevention/nationaler-krebsplan/was-haben-wir-bisher-erreicht/ziel-9-psychoonkologische-versorgung.html)

In den letzten Jahren hat sich die psychoonkologische Versorgung im stationären Bereich, insbesondere durch die zertifizierten Organkrebszentren, Onkologischen Zentren, Comprehensive Cancer Center gut und bedarfsgerecht aufgestellt. Die größten Lücken in der Versorgung sind nach gegenwärtigem Kenntnisstand im ambulanten Bereich auszumachen. Durch immer kürzere Liegezeiten und die damit verbundene stärkere Verschiebung in den ambulanten Sektor, hat sich der Bedarf nach psychoonkologischer Unterstützung, vor allem bei den Krebsberatungsstellen, erhöht. 2012 erging ein Aufruf einzelner Bundesländer u.a. an die Landeskrebsgesellschaften die Versorgungsangebote im außerstationären Bereich näher zu beziffern. 2013 hat sich eine Arbeitsgruppe auf Bundesebene unter Leitung der damaligen Vorsitzenden der Gesundheitsministerkonferenz (Frau Dumont, Saarland) konstituiert. Die Arbeitsgruppe hat den aktuellen Stand der Versorgungssituation im ambulanten Bereich mit der Frage des Bedarfs verknüpft und sich dafür ausgesprochen eine Agentur zu beauftragen, welche sowohl die aktuelle Versorgungslage erheben soll, als auch Aussagen anhand des ermittelten Bedarfs zur zukünftigen Versorgungssituation machen soll. Ein Antrag zur Finanzierung dieser Erhebung ging an die Deutsche Krebshilfe, welche laut der Bayerischen Krebsgesellschaft diesen aber nicht entschieden hat. Bis heute ist die Forderung aus dem Nationalen Krebsplan zur aktuellen Versorgungssituation und dem Bedarf an außerstationärer Versorgung für Menschen mit Krebs und deren Angehörigen offen.

In Bayern leistet die Bayerische Krebsberatungsgesellschaft einen wichtigen Beitrag bei der Versorgung von Krebskranken und ihren Angehörigen vor Ort. Jeder Dritte wird in seinem Leben an Krebs erkranken. Laut dem Krebsregister Bayern 2012 sind im Jahr 2010 67.000 Menschen neu an Krebs erkrankt. Während die Krebssterblichkeit abnimmt, steigt die Zahl der Neuerkrankungen und Langzeitüberlebenden. Immer mehr Menschen sind von der psychisch schwer zu bewältigenden Diagnose betroffen. Die Bayerische Krebsgesellschaft mit ihren zehn ambulanten psychosozialen Krebsberatungsstellen, elf Krebsberatungsstellen und psychoonkologischen Diensten an Kliniken werden für viele Menschen in Bayern immer häufiger zu einer wichtigen Anlaufstelle. Betroffene werden kompetent, vertraulich und kostenfrei beraten und begleitet. Jedes Jahr werden mehr als 21.000 Beratungsgespräche durchgeführt, ungefähr 17.500 in den ambulanten Krebsberatungsstellen mit einer stetigen Zunahme bei der Nachfrage. Im Augenblick gibt es Angebote Psychosozialer Krebsberatungsstellen, Psychoonkologischer Dienste und Kooperationen in Würzburg, Schweinfurt, Lichtenfels, Hof, Kulmbach, Bayreuth, Nürnberg, Regensburg, Ingolstadt, Straubing, Deggendorf, Passau, Augsburg, München, Oberaudorf und Kempten. Des Weiteren werden mehr als 200 Selbsthilfegruppen unterstützt. Die angebotenen Leistungen werden über öffentliche Gelder und Spenden finanziert, da sie nicht durch die Gebührenordnungen der Krankenkassen abgedeckt sind. Dies hat zur Folge, dass sich die Aufrechterhaltung des Angebots als schwierig und unplanbar ge-

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

staltet. Die zehn ambulanten Psychosozialen Krebsberatungsstellen werden teilweise durch den Freistaat Bayern im Rahmen der „Offenen Behindertenhilfe“ und die Deutsche Krebshilfe gefördert. Die DKH wird Ende 2016 ihre Förderung komplett einstellen, wodurch die Finanzierung der Leistungen der Krebsberatungsstellen in Hof, Ingolstadt und Kempten anderweitig erfolgen muss. Auch vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzierung ist es zwingend notwendig, sowohl die aktuelle Versorgungssituation zu ermitteln, als auch den Bedarf an psychoonkologischer Unterstützung aufzuzeigen.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 24.02.2015 **Drucksache 17/6055**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Drs. 17/**4487**

Umsetzung des Nationalen Krebsplans - Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin beim Bund dafür einzusetzen, dass die im Nationalen Krebsplan (Handlungsfeld 2, Ziel 9) geforderte „Sicherstellung der notwendigen psychoonkologischen Versorgung im stationären und ambulanten Bereich“ gewährleistet wird und dafür die von der Experten-Arbeitsgruppe empfohlene Maßnahme einer deutschlandweiten Bedarfsanalyse zeitnah umgesetzt wird.

Dem Landtag wird schriftlich darüber berichtet.“

Berichterstatterin: **Kathrin Sonnenholzner**
Mitberichterstatter: **Klaus Holetschek**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 24. Februar 2015 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 22.04.2015 **Drucksache 17/6253**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Margit Wild SPD**

Drs. 17/**4487**, 17/**6055**

Umsetzung des Nationalen Krebsplans – Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin beim Bund dafür einzusetzen, dass die im Nationalen Krebsplan (Handlungsfeld 2, Ziel 9) geforderte „Sicherstellung der notwendigen psychoonkologischen Versorgung im stationären und ambulanten Bereich“ gewährleistet wird und dafür die von der Experten-Arbeitsgruppe empfohlene Maßnahme einer deutschlandweiten Bedarfsanalyse zeitnah umgesetzt wird.

Dem Landtag wird schriftlich darüber berichtet.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Nummern 16 und 24 der Anlage zur Tagesordnung. Dies sind der Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Felbinger und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus/eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern" auf der Drucksache 17/5334, der auf Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER einzeln beraten werden soll, und der Antrag der Abgeordneten Arnold, von Brunn, Ruth Müller und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquellen ... und Nachtzielgeräten ... für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problemgebieten" auf der Drucksache 17/5142, der auf Antrag der SPD-Fraktion ebenfalls einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich, anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	**einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses**
(G)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen**
(ENTH)	**Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss**
(A)	**Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss**
(Z)	**Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss**

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015
Vf. 3-VIII-15 betreffend
Meinungsverschiedenheit zwischen den Antragstellerinnen
   1. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag,
   2. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag

   und den Antragsgegnerinnen
   1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
   2. Bayerische Staatsregierung

   über die Frage, ob § 1 Nr. 2 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzt
PII/G1310.14-0012
Drs. 17/6166 (G)

   Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

   I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
   II. Der Antrag ist unbegründet.
   III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 13. März 2015
Vf. 4-VIII-15 betreffend
Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin

SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

und den Antragsgegnerinnen

1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag,
2. Bayerische Staatsregierung

über die Frage, ob § 1 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17. November 2014 (GVBI S. 478) die Bayerische Verfassung verletzen.
PII/G1310.14-0012
Drs. 17/6164 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

II. Der Antrag ist unbegründet.

III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestimmt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	A

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichtes – Erster Senat – vom 9. März 2015
1 BvR 1314/12, 1 BvR 1630/12, 1 BvR 1694/13, 1 BvR 1874/13 betreffend Verfassungsbeschwerden

   – gegen das Gesetz zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin – SpielhG Berlin) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
   – gegen § 2 Abs. 1 und 3; § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3; § 5 Abs. 1; § 6 Abs. 1 bis 4, Abs. 6 bis 8; § 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und 4; § 7 Abs. 1 Nr. 2, 4 bis 7, 9 bis 14 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin - SpielhG Bln) vom 20. Mai 2011 (GVBI S. 223)
   – gegen § 29 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Satz 1 GlüStV und Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayAGGlüStV (einjährige Übergangsregelung für nach dem 28. Oktober 2011 nach § 33i GewO genehmigte Spielhallen)
   – gegen
     a) das in Art. 1 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Gesetz über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag – Erster GlüÄndStV), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 156 ff.,
     b) das in Art. 5 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Saarländische Spielhallengesetz (SSpielhG), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 171 ff.

PII/-G1320.13-0003
Drs. 17/6167 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
II. Die Verfassungsbeschwerden sind unbegründet.
III. Die Stellungnahme fertigt der Abgeordnete Jürgen W. Heike.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

Anträge

4. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Kathi Petersen u.a. SPD
Inklusion jetzt: Schulbegleitung überarbeiten
Drs. 17/3693, 17/6071 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Zusätzlicher Aufwand durch das Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung
Drs. 17/3714, 17/6050 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Ruth Waldmann, Annette Karl u.a. SPD
Einführung landesweit verbindlicher, einheitlicher Standards für Querungsstellen im öffentlichen Verkehrsraum
Drs. 17/4397, 17/5832 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Umsetzung des Nationalen Krebsplans – Bundesweite Bedarfsanalyse des stationären und ambulanten psychoonkologischen Versorgungsangebots
Drs. 17/4487, 17/6055 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Übernahme der kommunalen Kosten für Kindertageseinrichtungen bei der Betreuung von Kindern von Asylsuchenden
Drs. 17/4505, 17/5874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Videoüberwachung an Schulen
Drs. 17/4690, 17/6072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU
Bericht zum LehrplanPLUS Gymnasium
Drs. 17/4702, 17/6073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Berichtsantrag zum angekündigten 10.000 Häuser-Programm der Bayerischen Staatsregierung
Drs. 17/4720, 17/6067 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rückbau der Gleisanlagen der Sinntalbahn verhindern und Sinntalbahn nicht von eisenbahnbetrieblichen Zwecken freistellen
Drs. 17/5029, 17/5833 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den Stand und Weiterentwicklung der Familien- und Sexualerziehung in Bayern
Drs. 17/5035, 17/6077 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

14. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Kathi Petersen u.a. SPD
Mitfinanzierung der geriatrischen Rehabilitation durch die Pflegeversicherung
Drs. 17/5125, 17/6056 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	ENTH	Z

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat beantragt, der Abstimmung das Votum Zustimmung zugrunde zu legen.

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Weihnachtsgans mit gutem Gewissen – Kennzeichnung von Gänsefleisch vorantreiben
Drs. 17/5135, 17/6042 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Erlaubnis der Verwendung von mit der Waffe verbundenen künstlichen Lichtquellen (KLQ) und Nachtzielgeräten (NZG) für die Jagd auf Schwarzwild insbesondere in Problemgebieten
Drs. 17/5142, 17/6048 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

17. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zur Perspektive der standortnahen Atommüllzwischenlager in Bayern nach der Aufhebung der Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel
Drs. 17/5191, 17/6044 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein, Volker Bauer, Robert Brannekämper u.a. CSU
Eigene Rubrik im Familienpakt Bayern: Männer in der Arbeitswelt
Drs. 17/5196, 17/5876 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	ENTH

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
G7-Gipfel: „Kein Bürger soll auf Schäden sitzenbleiben“
Drs. 17/5227, 17/6015 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	ENTH	Z	ENTH

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Alphabetisierungsatlas für Bayern vorlegen
Drs. 17/5229, 17/6074 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	ENTH

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Sonderrechte für Rettungsdienst und Notarzt in der StVO – Umsetzung in Bayern
Drs. 17/5230, 17/6065 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	ENTH	Z	Z

22. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Öffentlichen Wohnungsbau stärken und langfristig bezahlbares Wohnen sicherstellen
Drs. 17/5304, 17/6143 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

23. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anspruch auf Zuerkennung eines MODUS-Status
Drs. 17/5306, 17/6078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	A	Z

24. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus / eines NS-Dokumentationszentrums in allen bayerischen Schularten fest verankern
Drs. 17/5334, 17/6079 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

25. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verursacher lärminduzierter Gesundheitsschäden durch Fluglärm an Behandlungskosten beteiligen
Drs. 17/5335, 17/6057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Joachim Unterländer u.a. CSU
Ausbildung in der Altenpflege – Ausbildungsumlage einführen
Drs. 17/5338, 17/6058 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein, Klaus Holetschek u.a. CSU
Ambulante medizinische Versorgung außerhalb der normalen Praxisöffnungszeiten: verlässliches Angebot für die Patienten – finanzieller Ausgleich für Krankenhäuser
Drs. 17/5340, 17/6059 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

28. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Klaus Steiner u.a. CSU
Laubholzbockkäfer effektiv bekämpfen
Drs. 17/5341, 17/6049 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

29. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Kerstin Schreyer-Stäblein, Berthold Rüth u.a. CSU
Bericht zum LehrplanPLUS
Drs. 17/5345, 17/6075 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

30. Antrag des Abgeordneten Michael Brückner CSU
Erweiterung des Berichts über die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Staatsregierung um einen Forecast
Drs. 17/5346, 17/6141 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

31. Antrag des Abgeordneten Jürgen Baumgärtner CSU
Verbesserung des Pflegesystems durch Abbau von Bürokratie – Übernahme von Kosten für den Transport zu ambulanter medizinischer Versorgung nach Feststellung der Notwendigkeit durch den behandelnden Arzt
Drs. 17/5347, 17/6060 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	A	Z

32. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Einrichtung des gemeinsamen Landesgremiums nach § 90a SGB V ermöglichen
Drs. 17/5379, 17/6061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Versprechen halten! Budgetzuschläge für kleine Gymnasien umsetzen
Drs. 17/5407, 17/6076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)
Keine unverhältnismäßigen Abholzungen in von ALB-betroffenen Gebieten
Drs. 17/5431, 17/6046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

35. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechte indigener Bevölkerung schützen – ILO-169-Übereinkommen ratifizieren
Drs. 17/5484, 17/6142 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Französisch als zweite Fremdsprache auch musischen Gymnasien ermöglichen
Drs. 17/5489, 17/6080 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

37. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD
Ausbau der Bundesautobahn A 3 / Realisierung A 94
Drs. 17/5494, 17/6069 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	A

38. Antrag der Abgeordneten Michael Hofmann, Erwin Huber, Karl Freller u.a. CSU
S-Bahn Haltepunkte Forchheim Nord
Drs. 17/5522, 17/6070 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

39. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bauunterhalt und Sanierung staatlicher Gebäude
Drs. 17/5611, 17/5974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

40. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u.a. SPD
Grundstockvermögen des Freistaats Bayern offenlegen
Drs. 17/5624, 17/5975 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

41. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerischen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung auch 2015 eigenständig fortführen
Drs. 17/5012, 17/5875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der den Antrag für erledigt erklärt hat